

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Januar 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Durch das Abkommen wird der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen im Bereich der jeweiligen Renten- und Unfallversicherungssysteme, insbesondere für den Fall, dass sie sich im jeweils anderen Vertragsstaat aufhalten, sichergestellt und koordiniert.

Das Abkommen bestimmt, dass für Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber grundsätzlich die Rechtsvorschriften desjenigen Staates gelten, in dem die Beschäftigung tatsächlich ausgeübt wird. Um außerdem sicherzustellen, dass lediglich vorübergehend im anderen Staat eingesetzte Arbeitnehmer im sozialen Sicherungssystem ihres bisherigen Beschäftigungsstaats integriert bleiben können, enthält das Abkommen auf diesen Personenkreis zugeschnittene Lösungen. Diese Personen werden künftig grundsätzlich in dem ihnen vertrauten System bleiben können. Eine Doppelversicherung und damit eine doppelte Beitragsbelastung für Arbeitgeber und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden dadurch vermieden. Der Entsendezeitraum kann bis zu 24 Kalendermonate betragen.

Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden (Erfüllung der Wartezeit). Soweit erforderlich werden auf deutscher Seite auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der Schweiz oder einem Drittstaat, mit dem beide Vertragsstaaten ein gleichartiges Abkommen über Soziale Sicherheit geschlossen haben, zurückgelegt

wurden. Die Renten werden in voller Höhe auch in den jeweils anderen Staat gezahlt, wobei sie aber nur aus den im jeweiligen Vertragsstaat zurückgelegten Zeiten berechnet werden.

Der Abschluss des Sozialversicherungsabkommens mit der Republik Moldau liegt auch deshalb im deutschen Interesse, weil es die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern vertieft und damit dazu beitragen kann, Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Abkommen ist nach Prinzipien gestaltet, die auch innerhalb der Europäischen Union gelten. Es bedarf nach der Unterzeichnung zu seinem Inkrafttreten noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in beiden Staaten.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz werden die innerstaatlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation geschaffen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine unmittelbaren Kosten.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger werden nicht eingeführt.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand, insbesondere werden keine neuen Informationspflichten eingeführt.

E.2 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Es wird eine Informationspflicht der Verwaltung eingeführt.

F. Weitere Kosten

Es wird mit jährlichen Mehrausgaben bei der gesetzlichen Rentenversicherung von unter 1 Million Euro gerechnet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 6. April 2017

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Januar 2017 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über Soziale
Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Der Bundesrat hat in seiner 956. Sitzung am 31. März 2017 beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz
zu dem Abkommen vom 12. Januar 2017
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Moldau
über Soziale Sicherheit****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Chişinău am 12. Januar 2017 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den mit der Durchführung des Abkommens befassten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und die Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer im Abkommen genannter Stellen und Behörden.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 26 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Mit dem Vertragsgesetz soll das Abkommen die nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

II. Alternativen

Keine.

III. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Das Gesetz ist mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar.

IV. Gesetzesfolgen

1. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Gesetz berührt keine Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung.

2. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine unmittelbaren Kosten.

3. Erfüllungsaufwand

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

4. Weitere Kosten

Es wird mit jährlichen Mehrausgaben bei der gesetzlichen Rentenversicherung von unter 1 Million Euro gerechnet.

Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Das Vertragsgesetz bedarf nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates, weil das Abkommen, das innerstaatlich in Geltung gesetzt wird, Verfahrensregelungen enthält und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 26 Absatz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Moldau
über Soziale Sicherheit

Acord
între Republica Federală Germania
și Republica Moldova
privind securitatea socială

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Moldau –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen
Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe:

1. „Vertragsstaat“
die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Moldau;
2. „Hoheitsgebiet“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Republik Moldau
das Hoheitsgebiet der Republik Moldau;
3. „Staatsangehöriger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundes-
republik Deutschland,
in Bezug auf die Republik Moldau
eine Person, die als Staatsangehörige nach den gesetzlichen
Vorschriften der Republik Moldau gilt;

Republica Federală Germania
și
Republica Moldova –

conduse de dorința să-și reglementeze relațiile în domeniul
securității sociale –

au convenit după cum urmează:

Partea I

Dispoziții generale

Articolul 1

Dispoziții definitorii

(1) În prezentul Acord, următorii termeni desemnează:

1. „Stat contractant“
Republica Federală Germania sau Republica Moldova;
2. „Teritoriu“
pentru Republica Federală Germania
teritoriul național al Republicii Federale Germania,
pentru Republica Moldova
teritoriul național al Republicii Moldova;
3. „Cetățean“
pentru Republica Federală Germania
un german în sensul Legii Fundamentale pentru Republica
Federală Germania,
pentru Republica Moldova
o persoană considerată cetățean în conformitate cu preve-
derile legale ale Republicii Moldova;

- | | |
|--|---|
| <p>4. „Rechtsvorschriften“</p> <p>in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland</p> <p>die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen,</p> <p>in Bezug auf die Republik Moldau</p> <p>die Gesetze und anderen rechtsetzenden Akte, die sich auf das vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfasste System der öffentlichen Sozialversicherung beziehen;</p> <p>5. „zuständige Behörde“</p> <p>in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland</p> <p>das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,</p> <p>in Bezug auf die Republik Moldau</p> <p>das Ministerium für Arbeit, Sozialschutz und Familie;</p> <p>6. „Träger“</p> <p>eine Einrichtung, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften obliegt oder die von der zuständigen Behörde bezeichnete Stelle;</p> <p>7. „Versicherungszeiten“</p> <p>Beitragszeiten und Beschäftigungszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;</p> <p>8. „Rente“ oder „Leistung“</p> <p>eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen im Sinne der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften;</p> <p>9. „gewöhnlicher Aufenthalt“</p> <p>der Ort des nicht nur vorübergehenden tatsächlichen Aufenthalts.</p> <p>(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.</p> | <p>4. „Legislație“</p> <p>pentru Republica Federală Germania</p> <p>legile, regulamentele, statutele și alte acte normative generale referitoare la ramurile sistemului securității sociale cuprinse de domeniul material de aplicare al prezentului Acord,</p> <p>pentru Republica Moldova</p> <p>legile și alte acte normative care se referă la sistemul public de asigurări sociale cuprinse de domeniul material de aplicare al prezentului Acord;</p> <p>5. „Autoritate competentă“</p> <p>pentru Republica Federală Germania</p> <p>Ministerul Federal al Muncii și Problemelor Sociale,</p> <p>pentru Republica Moldova</p> <p>Ministerul Muncii, Protecției Sociale și Familiei;</p> <p>6. „Instituție“</p> <p>un organism responsabil de aplicarea legislației cuprinse de domeniul material al prezentului Acord sau organismul desemnat de autoritatea competentă;</p> <p>7. „Perioade de asigurare“</p> <p>stagile de cotizare și perioadele de încadrare în câmpul muncii, definite ca atare de legislația în temeiul căreia au fost realizate, și alte perioade recunoscute și considerate de această legislație;</p> <p>8. „Pensie“ sau „Prestație“</p> <p>o pensie sau o altă prestație în bani, inclusiv toate suplimentele, indemnizațiile și majorările în sensul legislației cuprinse de domeniul material de aplicare al prezentului Acord;</p> <p>9. „Ședere obișnuită“</p> <p>locul șederii efective, care nu este doar unul temporar.</p> <p>(2) Ceilalți termeni au semnificația atribuită de legislația pe care o aplică Statul contractant respectiv.</p> |
|--|---|

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland auf die Rechtsvorschriften über die
 - a) Rentenversicherung,
 - b) Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - c) Alterssicherung der Landwirte,
 - d) Unfallversicherung;
 2. in Bezug auf die Republik Moldau auf die Rechtsvorschriften über
 - a) Altersrenten,
 - b) Invaliditätsrenten wegen gewöhnlicher Krankheiten,
 - c) Invaliditätsrenten und -zuschüsse wegen Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten,
 - d) Hinterbliebenenrenten.
- (2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkom-

Articolul 2

Domeniul material de aplicare

- (1) Prezentul Acord se referă
1. pentru Republica Federală Germania la legislația privind
 - a) asigurarea pentru pensii,
 - b) asigurarea suplimentară a angajaților din siderurgie,
 - c) pensia agricultorilor,
 - d) asigurarea de accidente;
 2. pentru Republica Moldova la legislația privind
 - a) pensiile pentru limită de vârstă,
 - b) pensiile de dizabilitate cauzată de boli obișnuite,
 - c) pensiile și indemnizațiile de dizabilitate cauzată de accidente de muncă sau boli profesionale,
 - d) pensiile de urmaș.
- (2) În cazul în care conform legislației unui Stat contractant, în afara condițiilor pentru aplicarea prezentului Acord, sunt îndeplinite și condițiile pentru aplicarea unui alt acord sau unei reglementări supranaționale, atunci la aplicarea prezentului Acord, instituția acestui Stat contractant nu va ține seama de celălalt

mens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für alle Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten, sowie für andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von diesen Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Personen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats den Staatsangehörigen dieses Vertragsstaats gleich.

Artikel 5

Gleichstellung des gewöhnlichen Aufenthalts und Export von Leistungen

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Ansprüche auf Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, nicht für die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Personen bei gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats.

Teil II

Anzuwendende Rechtsvorschriften

Artikel 6

Allgemeine Bestimmungen

- (1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten
- für einen Arbeitnehmer ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet er die Beschäftigung tatsächlich ausübt,
 - für einen Arbeitnehmer, der zur Flug- oder Kabinenbesetzung eines Luftfahrzeugs gehört, die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Luftfahrtgesellschaft, bei der er die Beschäftigung ausübt, ihren Sitz hat,
 - für einen Arbeitnehmer, der gewöhnlich an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines Vertragsstaats führt, die Beschäftigung ausübt, die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für einen Selbstständigen.

Artikel 7

Entsandte Personen

(1) Wird ein Arbeitnehmer, der gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber, der im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit ausübt, in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine im Voraus zeitlich begrenzte Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, gelten hinsichtlich dieser Beschäftigung während der ersten 24 Monate der Entsendung allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Der Zeitraum von 24 Monaten kann auch aus mehreren Zeitabschnitten bestehen.

(2) Absatz 1 gilt für einen erneut in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandten Arbeitnehmer, für den wäh-

acord sau de reglementarea supranațională.

Articolul 3

Domeniul personal de aplicare

Dacă prezentul Acord nu prevede altceva, acesta se va aplica pentru toate persoanele care sunt sau au fost supuse legislației unuia din Statele contractante, precum și pentru alte persoane în măsura în care drepturile acestora derivă de la aceste persoane.

Articolul 4

Egalitate de tratament

Dacă prezentul Acord nu prevede altceva, atunci, la aplicarea legislației unui Stat contractant, persoanele cuprinse de domeniul personal de aplicare al prezentului Acord vor beneficia de tratament egal ca și cetățenii acestui Stat contractant.

Articolul 5

Egalitatea de tratament în privința șederii obișnuite și exportului de prestații

Dacă prezentul Acord nu prevede altceva, legislația restrictivă a unui Stat contractant, conform căreia drepturile la prestații sau plata prestațiilor sunt condiționate de șederea obișnuită pe teritoriul acestui Stat contractant, nu se va aplica pentru persoanele cuprinse de domeniul personal de aplicare al prezentului Acord, care au șederea obișnuită pe teritoriul celui alt Stat contractant.

Partea II

Legislația aplicabilă

Articolul 6

Dispoziții generale

- (1) Dacă prezentul Acord nu prevede altceva, se va aplica
- pentru o persoană angajată, exclusiv legislația Statului contractant pe teritoriul căruia își exercită efectiv activitatea de muncă,
 - pentru o persoană angajată care face parte din personalul navigant sau echipajul de cabină al unei aeronave, legislația Statului contractant, pe teritoriul căruia își are sediul compania aeriană, la care aceasta își exercită activitatea de muncă,
 - pentru o persoană angajată, care își exercită în mod obișnuit activitatea de muncă la bordul unei nave maritime sub pavilionul unui Stat contractant, legislația acestui Stat contractant.
- (2) Alineatul (1) se va aplica corespunzător pentru o persoană care desfășoară o activitate de muncă independentă.

Articolul 7

Persoane detașate

(1) Persoana angajată în mod obișnuit pe teritoriul unui Stat contractant, detașată pe o perioadă de timp determinată în prealabil de angajatorul său care își desfășoară acolo în mod obișnuit o activitate economică semnificativă, pentru executarea în cadrul acestui raport de muncă a unei activități pentru acest angajator pe teritoriul celui alt Stat contractant, se va supune în continuare pentru o perioadă care cuprinde primele 24 de luni ale detașării exclusiv legislației primului Stat contractant, ca și cum și-ar desfășura activitatea de muncă încă pe teritoriul acestuia. Perioada de 24 de luni poate fi realizată și eșalonat.

(2) Alineatul (1) se va aplica unei persoane angajate detașate din nou pe teritoriul celui alt Stat contractant, pentru care în ca-

rend vorheriger Entsendungen bereits 24 Monate die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gegolten haben, nur, wenn die erneute Entsendung im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem anderen Arbeitgeber erfolgt oder seit dem Ende des letzten Entsendezeitraums und der erneuten Entsendung mehr als 12 Monate vergangen sind.

(3) Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für einen Selbstständigen.

(4) Sind die Voraussetzungen einer Entsendung nach diesem Abkommen erfüllt, wird auf Antrag eine Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften ausgestellt. Sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA) diese Bescheinigung aus. Sind die Rechtsvorschriften der Republik Moldau anzuwenden, stellt die Nationale Sozialversicherungskasse (Casa Nationala de Asigurari Sociale) diese Bescheinigung aus.

Artikel 8

Diplomatische Missionen und konsularische Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats oder von einem Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, gelten für ihn grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats. Innerhalb der ersten sechs Monate nach Aufnahme der Beschäftigung oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens kann er jedoch die Anwendung der Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats wählen, die dann in Bezug auf diese Beschäftigung ab Aufnahme der Beschäftigung oder ab Inkrafttreten dieses Abkommens so gelten, als wäre er dort beschäftigt.

(3) Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären, der sie in der Bundesrepublik Deutschland der zuständigen Krankenkasse und in der Republik Moldau der Nationalen Sozialversicherungskasse (Casa Nationala de Asigurari Sociale) umgehend mitzuteilen hat.

Artikel 9

Ausnahmevereinbarungen

(1) Auf gemeinsamen Antrag eines Arbeitnehmers und seines Arbeitgebers oder auf Antrag eines Selbstständigen können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die anzuwendenden Rechtsvorschriften vereinbaren; Voraussetzung hierfür ist, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Bei der Entscheidung sind die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen.

(2) Der Antrag ist in dem Vertragsstaat zu stellen, dessen Rechtsvorschriften gelten sollen.

(3) Wurde eine Ausnahmevereinbarung geschlossen, wird eine Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften ausgestellt. Sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA) diese Bescheinigung aus. Sind die Rechtsvorschriften der Republik Moldau anzuwenden, stellt die Nationale Sozialversicherungskasse (Casa Nationala de Asigurari Sociale) diese Bescheinigung aus.

drul detașărilor anterioare timp de 24 de luni s-a aplicat deja legislația primului Stat contractant numai atunci, când noua detașare va avea loc în cadrul unui raport de muncă cu un alt angajator sau în cazul în care de la sfârșitul ultimei perioade de detașare și noii detașări au trecut mai mult de 12 luni.

(3) Alineatele (1) și (2) se vor aplica corespunzător pentru o persoană care desfășoară o activitate de muncă independentă.

(4) În cazul în care sunt îndeplinite condițiile unei detașări în sensul prezentului Acord, la cerere se va elibera un certificat privind legislația aplicabilă. În cazul aplicării legislației Republicii Federale Germania, acest certificat se va elibera de Uniunea Centrală Federală a Caselor de Asigurări de Sănătate (Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband)), Organismul German de Legătură pentru Asigurări de Sănătate în Străinătate (DVKA). În cazul aplicării legislației Republicii Moldova, acest certificat se va elibera de Casa Națională de Asigurări Sociale.

Articolul 8

Misiunile diplomatice și oficiile consulare

(1) Prezentul Acord nu aduce atingere Convenției de la Viena din 18 aprilie 1961 cu privire la relațiile diplomatice și Convenției de la Viena din 24 aprilie 1963 cu privire la relațiile consulare.

(2) Dacă un cetățean al unui Stat contractant este angajat de o misiune diplomatică sau de un oficiu consular al acestui Stat contractant sau de un membru al unei misiuni diplomatice sau al unui oficiu consular al acestui Stat contractant pe teritoriul celui alt Stat contractant, atunci pentru această persoană se va aplica în principiu legislația statului de angajare. În primele șase luni după începerea activității de muncă sau după intrarea în vigoare a prezentului Acord, persoana în cauză poate totuși opta pentru aplicarea legislației primului Stat contractant, care în ceea ce privește această activitate se va aplica din momentul începerii activității sau din momentul intrării în vigoare a prezentului Acord, ca și cum persoana în cauză și-ar fi desfășurat activitatea de muncă acolo.

(3) Opțiunea se va declara angajatorului, care este obligat s-o comunice neîntârziat, în Republica Federală Germania casei competente de asigurări de sănătate și în Republica Moldova Casei Naționale de Asigurări Sociale.

Articolul 9

Convenirea excepțiilor

(1) La cererea comună a unei persoane angajate și a angajatorului său ori la cererea unei persoane care desfășoară o activitate de muncă independentă, autoritățile competente ale Statelor contractante sau instituțiile desemnate de acestea pot conveni de comun acord excepții de la dispozițiile prezentului Acord privind legislația aplicabilă, cu condiția ca persoana în cauză să se supună în continuare sau să fie supusă legislației unuia din Statele contractante. În procesul de luare a deciziei se va ține cont de felul și circumstanțele de desfășurare a activității de muncă independentă.

(2) Cererea se va depune în Statul contractant a cărui legislație urmează a fi aplicată.

(3) În cazul convenirii unei excepții, se va elibera un certificat cu privire la legislația aplicabilă. În cazul aplicării legislației Republicii Federale Germania, acest certificat se va elibera de Uniunea Centrală Federală a Caselor de Asigurări de Sănătate (Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband)), Organismul German de Legătură pentru Asigurări de Sănătate în Străinătate (DVKA). În cazul aplicării legislației Republicii Moldova, acest certificat se va elibera de Casa Națională de Asigurări Sociale.

Teil III
Besondere Bestimmungen

Kapitel 1
Rentenversicherung

Artikel 10
Zusammenrechnung von
Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Die Dauer der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(2) Setzt der Leistungsanspruch bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(4) Die für die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur mit ihrer tatsächlichen Dauer berücksichtigt.

Artikel 11
Besondere Bestimmungen
für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland ergeben. In der Alterssicherung der Landwirte ist die Steigerungszahl die Grundlage für die Berechnung der Rente.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten gilt auch für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie für ergänzende Leistungen.

(3) Nach den Rechtsvorschriften der Republik Moldau zurückgelegte Versicherungszeiten, die in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind, werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt. Ist nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, berücksichtigt der deutsche Träger die nach den Rechtsvorschriften der Republik Moldau zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Republik Moldau oder vergleichbare Tatbestände in der Republik Moldau berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften der Republik Moldau gezahlt wurden, und Zeiten der Kindererziehung in der Republik Moldau.

(5) Soweit in der Alterssicherung der Landwirte die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängt, dass Versicherungszeiten im Sondersystem für Landwirte zurückgelegt worden

Partea III
Dispoziții speciale

Capitolul 1
Asigurarea pentru pensii

Articolul 10
Totalizarea perioadelor
de asigurare și calculul pensiilor

(1) Pentru stabilirea dreptului la prestații conform legislației aplicabile se vor lua în considerare și perioadele de asigurare care vor fi recunoscute conform legislației celui alt Stat contractant și care nu se suprapun cu aceeași perioadă. Durata perioadelor de asigurare care urmează să fie luate în considerare se stabilește conform legislației Statului contractant în baza căreia au fost realizate.

(2) Dacă dreptul la prestații este condiționat de realizarea anumitor perioade de asigurare, atunci se vor lua în considerare numai perioadele de asigurare comparabile conform legislației celui alt Stat contractant.

(3) Dacă în prezentul Acord nu este stabilit altceva, calculul pensiei se va efectua conform legislației aplicabile a Statului contractant respectiv.

(4) Perioadele de asigurare care trebuie luate în considerare pentru totalizarea perioadelor de asigurare se vor lua în considerare numai cu durata lor reală.

Articolul 11
Dispoziții speciale
pentru Republica Federală Germania

(1) Baza pentru determinarea punctajului personal de venit o constituie punctajul de venit determinat conform legislației Republicii Federale Germania. În sistemul de asigurare cu pensii a agricultorilor baza pentru calculul pensiei o constituie coeficientul de majorare.

(2) Dispoziția privind totalizarea perioadelor de asigurare se va aplica și pentru prestațiile de reabilitare medicală, de participare la viața profesională, precum și pentru prestațiile suplimentare.

(3) Perioadele de asigurare realizate conform legislației Republicii Moldova, care au fost realizate în întreprinderi de minerit subteran, se vor lua în considerare în sistemul asigurărilor cu pensii pentru angajații din minerit. Dacă conform legislației Republicii Federale Germania dreptul la prestații este condiționat de desfășurarea lucrărilor permanente în subteran sau altor lucrări asimilate acestora, instituția germană va lua în considerare perioadele de asigurare realizate conform legislației Republicii Moldova, în decursul cărora au fost desfășurate activități similare.

(4) Dacă dreptul la prestații conform legislației Republicii Federale Germania este condiționat de realizarea anumitor perioade de asigurare într-o anumită perioadă de timp, și dacă în continuare legislația prevede că această perioadă de timp se prelungește în cazul unor situații de fapt sau perioade de asigurare, atunci pentru prelungirea ei se vor lua în considerare și perioadele de asigurare realizate conform legislației Republicii Moldova sau situațiile de fapt comparabile din Republica Moldova. Situațiile de fapt comparabile sunt perioadele pentru care au fost plătite pensii de invaliditate sau pentru limită de vârstă sau prestații în caz de boală, graviditate, maternitate, șomaj sau accidente de muncă (cu excepția pensiilor), conform legislației Republicii Moldova, și perioadele de creștere a copiilor în Republica Moldova.

(5) În cazul în care acordarea anumitor prestații din sistemul de asigurare cu pensii a agricultorilor depinde de realizarea unor perioade de asigurare în sistemul special pentru agricultori,

sind, werden für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften der Republik Moldau zurückgelegten Versicherungszeiten nur dann berücksichtigt, wenn sie während einer Tätigkeit als selbstständiger Landwirt zurückgelegt worden sind.

Kapitel 2

Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Artikel 12

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, dass bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu berücksichtigen sind, gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Andere Unfälle oder Entschädigungsfälle sind gleichermaßen zu berücksichtigen, wenn sie nach den jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten gleichgestellt sind.

(2) Der für die Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt die Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit entsprechend den für ihn geltenden Rechtsvorschriften fest.

Artikel 13

Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Bei der Feststellung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die ausgeübt wurden, als die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats galten, und die ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, werden die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet die berechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Rente wegen Berufskrankheit, hat der Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen unter Geltung seiner Rechtsvorschriften zur Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen unter Geltung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung des Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit. Beruht diese darauf, dass die gesundheitsgefährdende Beschäftigung weiter ausgeübt wurde oder nach einer Unterbrechung wieder aufgenommen wurde, ist der durch die Verschlimmerung bedingte Anteil der Rente wegen Berufskrankheit allein von dem Vertragsstaat zu leisten, unter Geltung dessen Rechtsvorschriften die gesundheitsgefährdende Beschäftigung, die die Verschlimmerung verursacht hat, ausgeübt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

atunci pentru acordarea acestor prestații perioadele de asigurare realizate conform legislației Republicii Moldova se vor lua în considerare numai dacă au fost realizate în timpul unei activități de agricultor pe cont propriu.

Capitolul 2

Asigurarea în caz de accidente de muncă și boli profesionale

Articolul 12

Luarea în considerare a accidentelor de muncă și bolilor profesionale

(1) Dacă legislația unui Stat contractant prevede că, pentru stabilirea gradului de reducere a capacității de muncă sau pentru stabilirea dreptului la acordarea prestațiilor ca urmare a unui accident de muncă sau unei boli profesionale în sensul acestei legislații, se vor lua în considerare alte accidente de muncă sau boli profesionale, atunci acest lucru este valabil și pentru accidente de muncă sau bolile profesionale care cad sub incidența legislației celui alt Stat contractant, ca și cum ar fi fost aplicabilă legislația primului Stat contractant. Alte accidente sau cazuri de despăgubire se vor lua în considerare în egală măsură, dacă acestea, conform legislației naționale respective, sunt asimilate accidentelor de muncă sau bolilor profesionale.

(2) Instituția competentă pentru despăgubirea riscului asigurat survenit va stabili prestația conform gradului de reducere a capacității de muncă ca urmare a accidentului de muncă sau bolii profesionale în conformitate cu legislația în vigoare pentru această instituție.

Articolul 13

Luarea în considerare a activităților de muncă periculoase pentru sănătate

(1) Pentru stabilirea dreptului la prestații ca urmare a unei boli profesionale, instituția unui Stat contractant va lua în considerare și activitățile desfășurate pe perioada aplicabilității legislației celui alt Stat contractant și care, după natura lor, au fost susceptibile să cauzeze această boală (activitate de muncă periculoasă pentru sănătate). Dacă un drept la acordarea prestației există conform legislației ambelor State contractante, atunci prestațiile în bani, cu excepția pensiei, se vor acorda doar conform legislației Statului contractant, pe teritoriul căruia persoana îndreptățită își are șederea obișnuită. Dacă dreptul la o pensie ca urmare a bolii profesionale există conform legislației unui Stat contractant, atunci instituția va acorda numai partea care corespunde raportului între durata activităților de muncă periculoase pentru sănătate, aplicând legislația sa, și durata activităților de muncă periculoase pentru sănătate, aplicând legislația ambelor State contractante.

(2) Alineatul (1) se va aplica și în cazul unei noi stabiliri a dreptului la prestații în urma unei agravări a bolii profesionale. Dacă aceasta este cauzată de faptul că activitatea de muncă periculoasă pentru sănătate a fost desfășurată în continuare sau a fost reluată după o întrerupere, atunci partea pensiei ca urmare a bolii profesionale condiționată de agravare se va acorda doar de către Statul contractant, conform legislației căruia a fost desfășurată activitatea de muncă periculoasă pentru sănătate și care a cauzat agravarea.

(3) Alineatele (1) și (2) se vor aplica și în cazul prestațiilor acordate urmașilor.

Teil IV
Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1
Amts- und Rechtshilfe

Artikel 14

Amts- und Rechtshilfe, ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger der Vertragsstaaten leisten einander bei der Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe so, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Für die gegenseitige Amts- und Rechtshilfe der Gerichte der Vertragsstaaten gilt Satz 1 entsprechend. Die Hilfe ist kostenlos; an dritte Stellen geleistete Zahlungen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation werden erstattet.

(2) Die Hilfe umfasst auch ärztliche Untersuchungen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs dieses Abkommens. Sie ist kostenlos, soweit die ärztlichen Untersuchungen im Interesse der Träger beider Vertragsstaaten erfolgen. Liegen die ärztlichen Untersuchungen ausschließlich im Interesse des ersuchenden Trägers, gehen die Kosten zu dessen Lasten.

(3) Die in Artikel 20 Absatz 2 genannten Verbindungsstellen und die in Artikel 9 Absatz 3 bezeichneten Stellen übermitteln im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen und die Beweismittel, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften sowie aus diesem Abkommen ergeben.

Artikel 15

Anerkennung
vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs dieses Abkommens werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten.

Artikel 16

Gebühren

Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Dokumente, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

Artikel 17

Bekanntgabe von Schriftstücken und Amtssprachen

(1) Die Träger und Gerichte der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften

Partea IV
Dispoziții diverse

Capitolul 1
Asistență administrativă și juridică

Articolul 14

Asistență administrativă și juridică, examinări medicale

(1) Instituțiile Statelor contractante își vor acorda asistență reciprocă pentru aplicarea legislației prevăzute în domeniul material de aplicare al prezentului Acord, precum și a prezentului Acord, ca și cum ar aplica propria legislație în vigoare. Pentru asistență administrativă și juridică reciprocă a instanțelor judecătorești ale Statelor contractante propoziția 1 se va aplica corespunzător. Asistența este gratuită; cu excepția cheltuielilor pentru comunicare, plățile către terți se vor restitui.

(2) Asistența cuprinde și examinările medicale în cadrul domeniului material de aplicare al prezentului Acord. Aceasta este gratuită în măsura în care examinările medicale se efectuează în interesul instituțiilor ambelor State contractante. Dacă examinările medicale sunt exclusiv în interesul instituției solicitante, atunci cheltuielile sunt suportate de aceasta.

(3) Organismele de legătură desemnate în articolul 20 alineatul (2) și instituțiile desemnate în articolul 9 alineatul (3) își transmit, în limitele competenței lor, reciproc și persoanelor în cauză circumstanțele de fapt și probele necesare pentru asigurarea drepturilor și obligațiilor care rezultă din legislația menționată în articolul 2, precum și din prezentul Acord.

Articolul 15

Recunoașterea
hotărârilor și documentelor executorii

(1) Hotărârile executorii ale instanțelor de judecată, precum și documentele executorii ale instituțiilor sau autorităților publice ale unui Stat contractant cu privire la contribuții și alte creanțe din cadrul domeniului material de aplicare al prezentului Acord se vor recunoaște în celălalt Stat contractant.

(2) Recunoașterea poate fi refuzată numai dacă contravine ordinii publice a Statului contractant în care urmează a fi recunoscută hotărârea sau documentul.

(3) Hotărârile și documentele executorii recunoscute conform alineatului (1) se vor executa în celălalt Stat contractant. Procedura de executare este conformă cu legislația în vigoare în Statul contractant privind executarea hotărârilor și documentelor corespunzătoare emise în acest Stat, pe teritoriul căruia urmează să aibă loc executarea.

Articolul 16

Taxe

Scutirea integrală sau parțială de impozite sau taxe administrative, inclusiv de taxe consulare prevăzută de legislația unui Stat contractant, precum și restituirea spezelor pentru documentele necesare a fi prezentate în vederea aplicării acestei legislației, se va aplica și documentelor corespunzătoare care trebuie să fie prezentate în aplicarea acestui Acord sau a legislației celui alt Stat contractant, cuprinsă de domeniul material de aplicare al prezentului Acord.

Articolul 17

Comunicarea documentelor și limbile oficiale

(1) În scopul aplicării prezentului Acord și a legislației unui Stat contractant cuprinsă de domeniul material de aplicare al prezentului Acord, instituțiile și instanțele de judecată ale Statelor con-

ten unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren.

(2) Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch einfachen Brief bekannt gegeben oder durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Dies gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des Gesetzes der Bundesrepublik Deutschland über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(3) Die Träger der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Artikel 18

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einem Träger im anderen Vertragsstaat eingegangen, gilt der Antrag als bei dem Träger des ersten Vertragsstaats gestellt. Dies gilt auch für sonstige Anträge sowie für Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe.

(2) Die Anträge, Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe sind vom Träger des einen Vertragsstaats, bei dem sie eingereicht worden sind, unverzüglich an den Träger des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistung nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, wenn der Antrag erkennen lässt, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt oder gesundheitsgefährdende Beschäftigungen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausgeübt worden sind. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Renten bei Alter aufgeschoben wird.

Artikel 19

Schutz personenbezogener Daten

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften.

1. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgesehenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit, wenn die Behörde des übermittelnden Vertragsstaats dieser Verwendung zugestimmt hat. Ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Vertragsstaats ist eine Verwendung für andere Zwecke nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder für bedeutende Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde des übermittelnden Vertragsstaats unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig; ein durch die zweckändernde Verwendung der Information entstandener Schaden ist zu ersetzen.

tractante pot comunica între ele direct și cu persoanele participante, precum și cu reprezentanții acestora în limbile lor oficiale.

(2) Hotărârile judecătorești, deciziile autorităților sau alte documente pot fi comunicate unei persoane, aflate pe teritoriul celui alt Stat contractant, direct prin scrisoare simplă sau pot fi notificate prin scrisoare recomandată cu aviz de recepționare. Aceasta este valabil și pentru hotărârile judecătorești, deciziile autorităților și alte documente care necesită notificare, eliberate pentru aplicarea legii Republicii Federale Germania cu privire la asistența victimelor de război și a acelor legi care o declară corespunzător aplicabilă.

(3) Instituțiile Statelor contractante nu vor respinge solicitările și documentele pe motiv că sunt redactate în limba oficială a celui alt Stat contractant.

Articolul 18

Egalitatea de tratament a cererilor

(1) Dacă cererea pentru acordarea unei prestații conform legislației unui Stat contractant este înregistrată la o instituție din celălalt Stat contractant, atunci se consideră ca și cum ar fi depusă la instituția primului Stat contractant. Aceasta este valabil și pentru alte cereri, precum și pentru declarații, informații și contestații.

(2) Cererile, declarațiile, informațiile și contestațiile se vor transmite neîntârziat de instituția Statului contractant, care le-a recepționat, instituției celui alt Stat contractant.

(3) O cerere pentru acordarea unei prestații conform legislației unui Stat contractant se consideră de asemenea ca o cerere pentru acordarea unei prestații corespunzătoare conform legislației celui alt Stat contractant, dacă din ea se poate constata că, în conformitate cu legislația celui alt Stat contractant, au fost realizate perioade de asigurare sau au fost desfășurate activități de muncă periculoase pentru sănătate pe teritoriul celui alt Stat contractant. Aceasta nu este valabil în cazul în care solicitantul cere în mod expres amânarea stabilirii drepturilor la pensii pentru limita de vârstă, dobândite conform legislației celui alt Stat contractant.

Articolul 19

Protecția datelor cu caracter personal

Dacă în baza prezentului Acord în conformitate cu legislația națională are loc comunicarea de date cu caracter personal, atunci, cu condiția respectării legislației în vigoare a fiecărui Stat contractant, se vor aplica următoarele dispoziții.

1. La cerere, organismul destinat al datelor va informa organismul care le transmite despre utilizarea datelor transmise și rezultatele obținute prin aceasta.
2. Utilizarea datelor de către organismul destinat se admite doar în scopurile stabilite de prezentul Acord și în condițiile prevăzute de organismul care le transmite. În afară de aceasta, utilizarea lor este permisă în scopul prevenirii și urmării infracțiunilor de importanță considerabilă, precum și în scopul apărării împotriva amenințărilor majore pentru securitatea publică, dacă autoritatea Statului contractant care transmite datele a autorizat această utilizare. Fără autorizarea prealabilă a autorității competente a Statului contractant care transmite datele, o utilizare în alte scopuri se permite numai dacă aceasta este necesară pentru apărarea împotriva unui pericol urgent existent în fiecare caz în parte pentru viața, integritatea corporală sau libertatea personală a unui individ sau pentru valori patrimoniale semnificative și în caz de pericol iminent. În acest caz autorizarea ulterioară privind modificarea scopului de utilizare a datelor se va solicita neîntârziat de la autoritatea competentă a Statului contractant care transmite datele. În caz de refuz al autorizării, utilizarea în continuare a datelor în celălalt scop nu se admite; un prejudiciu cauzat de utilizarea informațiilor în scopuri modificate trebuie să fie cuperat.

3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Die empfangende Stelle hat den Betroffenen über die Datenerhebung bei der übermittelnden Stelle zu informieren. Die Information kann unterbleiben, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben das Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Nummer 4 Satz 2 gilt entsprechend. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der Empfänger nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Er kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht worden ist, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
7. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
8. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten aktenkundig zu machen.
9. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
3. Organismul care transmite datele este obligat să respecte corectitudinea datelor transmise, precum și necesitatea și principiul proporționalității cu privire la scopul urmărit prin transmiterea acestora. În acest sens se vor respecta interdicțiile de transmitere conform respectivelor reglementări legale în vigoare la nivel național. Transmiterea datelor nu se va efectua, dacă organismul care le transmite are temei să presupună, că prin aceasta s-ar încălca scopul urmărit de o lege națională sau s-ar afecta interesele legitime ale persoanelor vizate. Dacă se constată că au fost transmise date incorecte sau date care nu ar fi trebuit să fie transmise, atunci organismul destinatar trebuie informat neîntârziat despre aceasta. Acesta este obligat să corecteze sau să radieze neîntârziat datele.
4. Organismul destinatar trebuie să informeze persoana vizată despre obținerea datelor de la organismul care le transmite. Informarea poate fi omisă, dacă în urma unei evaluări rezultă că interesul public privind omiterea prevalează față de interesul de informare al persoanei vizate.
5. La cerere, persoanei vizate i se vor acorda informațiile transmise despre persoana sa, precum și despre scopul de utilizare prevăzut. Punctul 4 propoziția 2 se va aplica corespunzător. În rest dreptul persoanei vizate de a obține informații despre datele existente cu privire la persoana sa se reglementează conform dreptului național al Statului contractant, pe teritoriul căruia se solicită informația.
6. Dacă prin transmiterea datelor în conformitate cu prezentul Acord o persoană este prejudiciată în mod ilicit, atunci organismul destinatar va răspunde pentru acest prejudiciu în conformitate cu reglementările legale naționale. În relația cu persoana prejudiciată organismul destinatar nu poate invoca, pentru a se elibera de răspundere, faptul că prejudiciul a fost cauzat de către organismul care a transmis datele. Dacă organismul destinatar recuperează prejudiciul cauzat prin utilizarea datelor transmise incorect, atunci organismul care a transmis datele va restitui organismului destinatar suma totală a recuperării acordate.
7. În condițiile în care reglementările legale naționale privind datele, aplicabile pentru organismul care le transmite, stabilesc termene speciale de radieră, organismul care transmite datele va atenționa organismul destinatar în această privință. Indiferent de aceste termene, datele transmise se vor radia imediat ce nu mai sunt necesare în scopul pentru care au fost transmise.
8. Organismul care transmite și cel destinatar sunt obligate să indice în dosar transmiterea și primirea datelor.
9. Organismul care transmite și cel destinatar sunt obligate să asigure eficient protecția datelor transmise, împiedicând accesul neautorizat la acestea, modificarea și comunicarea lor neautorizată.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 20

Durchführungsvereinbarungen und Verbindungsstellen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen bestimmt:

1. in der Bundesrepublik Deutschland
 - a) für die Rentenversicherung

Capitolul 2

Implementarea și interpretarea prezentului Acord

Articolul 20

Înțelegerile privind implementarea și organismele de legătură

(1) Autoritățile competente ale Statelor contractante pot conveni înțelegerile necesare pentru implementarea prezentului Acord.

(2) Pentru implementarea prezentului Acord se vor desemna următoarele organisme de legătură:

1. În Republica Federală Germania
 - a) pentru asigurarea cu pensii

- die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, Bayreuth,
- die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
- die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,
- b) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
- die Deutsche Rentenversicherung für das Saarland, Saarbrücken,
- c) für die Alterssicherung der Landwirte
- die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel,
- d) für die Unfallversicherung
- die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland (DVUA), Berlin,
- e) soweit die gesetzlichen Krankenkassen an der Durchführung dieses Abkommens beteiligt sind,
- der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;
2. in der Republik Moldau
- die Nationale Sozialversicherungskasse (Casa Nationala de Asigurari Sociale).
- (3) Bei der Zuordnung zu einem Regionalträger innerhalb der Deutschen Rentenversicherung ist die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, Bayreuth, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn
1. Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau zurückgelegt wurden oder anzurechnen sind oder
 2. sonstige im Hoheitsgebiet der Republik Moldau zurückgelegte Zeiten nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Fremdreten anzurechnen sind oder
 3. der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Moldau hat oder
 4. der Berechtigte Staatsangehöriger der Republik Moldau ist und seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Vertragsstaaten hat.
- Dies gilt für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.
- (4) Den Verbindungsstellen und den nach Artikel 9 von den zuständigen Behörden bevollmächtigten Stellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über ihre Rechte und Pflichten nach diesem Abkommen.
- (5) Die Verbindungsstellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Zahlung und die Erstattung von Geldleistungen.
- (6) Absatz 5 gilt entsprechend für die nach Artikel 9 von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen.
- Asigurarea Germană pentru Pensii Bavaria de Nord, Bayreuth (Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, Bayreuth),
- Instituția Germană Federală de Asigurare a Pensiiilor, Berlin (Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin),
- Asigurarea Germană pentru Pensii Minerit, Căi Ferate, Navigație Maritimă, Bochum (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum),
- b) pentru asigurarea suplimentară a angajaților din siderurgie
- Asigurarea Germană pentru Pensii Saarland, Saarbrücken (Deutsche Rentenversicherung für das Saarland, Saarbrücken),
- c) pentru asigurarea cu pensii a agricultorilor
- Asigurarea Socială în Agricultură, Silvicultură și Horticultură, Kassel (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel),
- d) pentru asigurarea de accidente
- Asigurarea Socială de Stat Germană pentru Accidente (DGUV), organismul german de legătură, Asigurarea pentru accidente – străinătate, Berlin,
- e) dacă la implementarea prezentului Acord participă casele sociale pentru asigurări de sănătate,
- Uniunea Federală Națională a Caselor de Asigurări de Sănătate (Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband)), Organismul German de Legătură pentru Asigurări de Sănătate în Străinătate, Bonn (Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn);
2. În Republica Moldova
- Casa Națională de Asigurări Sociale.
- (3) În cazul atribuirii unei instituții regionale în cadrul asigurării germane pentru pensii, competență pentru toate procedurile, inclusiv stabilirea și acordarea prestațiilor este Asigurarea Germană pentru Pensii Bavaria de Nord, Bayreuth (Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, Bayreuth), dacă
1. perioadele de asigurare au fost realizate și se iau în considerare conform legislației Republicii Federale Germania și Republicii Moldova sau
 2. trebuie considerate alte perioade realizate pe teritoriul Republicii Moldova conform legislației Republicii Federale Germania privind pensiile străine sau
 3. persoana îndreptățită își are șederea obișnuită pe teritoriul Republicii Moldova sau
 4. persoana îndreptățită este cetățean al Republicii Moldova și își are șederea obișnuită în afara Statelor contractante.
- Aceasta se va aplica pentru prestațiile în scopul reabilitării medicale și pentru participarea la viața profesională, numai dacă ele se acordă în cadrul unei proceduri curente de stabilire a pensiei.
- (4) Organismele de legătură și organismele autorizate de autoritățile competente conform articolului 9 sunt responsabile, în limita competenței lor, de informarea generală a persoanelor în cauză cu privire la drepturile și obligațiile lor în conformitate cu prezentul Acord.
- (5) Organismele de legătură sunt autorizate să convină, în limita competenței lor, cu participarea autorităților competente, măsurile administrative necesare și oportune, inclusiv procedura privind plata și restituirea prestațiilor în bani.
- (6) Alineatul (5) se va aplica corespunzător pentru organismele desemnate de către autoritățile competente conform articolului 9.

(7) Die Verbindungsstellen unterrichten einander jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der Zahlungen erstrecken, die nach Leistungsarten gegliedert sind. Das Nähere regeln die Verbindungsstellen.

(8) Die Verbindungsstellen unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften.

Artikel 21

Zahlungen und Umrechnungskurse

(1) Renten oder andere Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats werden unmittelbar ausgezahlt.

(2) Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in der Währung des ersten Vertragsstaats mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist entsprechend dem Recht des jeweiligen Vertragsstaats für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistungen zugrunde gelegt worden ist.

(3) Hat ein Träger eines Vertragsstaats an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

Artikel 22

Erstattungen

Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung der Renten- oder Unfallversicherung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

Artikel 23

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, wird sie durch eine im beiderseitigen Einvernehmen gebildete gemeinsame Ad-hoc-Kommission geregelt.

Teil V

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 24

Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Die vor dem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und andere vor dem Inkrafttreten bestehende rechtserhebliche Sachverhalte werden bei der Anwendung dieses Abkommens berücksichtigt.

(3) Entscheidungen vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Ist der Versicherungsfall vor Inkrafttreten dieses Abkommens eingetreten und besteht ein Anspruch auf Leistungen nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens, beginnt die Rente mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens, wenn der Antrag innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt wurde.

(7) Organismele de legătură se vor informa reciproc anual, de fiecare dată la situația din 31 decembrie, despre plățile efectuate pe teritoriul celui alt Stat contractant. Informațiile urmează să cuprindă, după posibilitate, numărul și valoarea totală a plăților structurate pe tipuri de prestații. Detaliile vor fi reglementate de organismele de legătură.

(8) Organismele de legătură se vor informa reciproc despre modificările și completările legislației în vigoare pentru ele, cuprinse de domeniul material de aplicare al prezentului Acord.

Articolul 21

Plățile și cursurile de schimb

(1) Pensiile sau alte prestații în bani către beneficiari pe teritoriul celui alt Stat contractant se vor plăti direct.

(2) Plata prestațiilor în bani poate fi efectuată unei persoane care se află pe teritoriul celui alt Stat contractant de către instituția unui Stat contractant în moneda primului Stat contractant, aceasta constituind o stingere a obligației de plată. În raportul între instituția și persoana îndreptățită pentru convertire decisiv este cursul de schimb la zi, care a stat la baza transferului prestațiilor în bani, stabilit corespunzător reglementărilor legale ale fiecărui Stat contractant.

(3) Dacă o instituție a unui Stat contractant trebuie să efectueze plăți către o instituție a celui alt Stat contractant, aceste plăți se vor efectua în valuta celui de-al doilea Stat contractant.

Articolul 22

Restituiri

Dacă instituția unui Stat contractant a acordat necuvenit prestații în bani, atunci suma plătită necuvenit poate fi dedusă în beneficiul acestei instituții dintr-o prestație corespunzătoare a asigurării de pensii sau asigurării de accidente conform legislației celui alt Stat contractant.

Articolul 23

Soluționarea diferendelor

(1) Eventuale diferende între Statele contractante referitoare la interpretarea sau aplicarea prezentului Acord se vor soluționa, în măsura posibilităților, de autoritățile competente.

(2) În cazul în care un diferend nu va putea fi soluționat în acest mod, acesta va fi soluționat de o comisie mixtă, formată ad-hoc de comun acord.

Partea V

Dispoziții tranzitorii și finale

Articolul 24

Drepturile la prestații în baza prezentului Acord

(1) Prezentul Acord nu deschide nici un drept la prestații pentru perioada anterioară intrării sale în vigoare.

(2) Perioadele de asigurare, precum și alte situații care au relevanță juridică conform legislației Statelor contractante, realizate anterior intrării în vigoare a Acordului, vor fi luate în considerare la aplicarea prezentului Acord.

(3) Deciziile anterioare intrării în vigoare a prezentului Acord nu împiedică aplicarea prezentului Acord.

(4) În situația în care cazul asigurat a survenit înaintea intrării în vigoare a prezentului Acord și un drept la prestații există doar în baza prezentului Acord, atunci plata pensiei va începe de la data intrării în vigoare a prezentului Acord, în măsura în care cererea a fost depusă în decurs de 12 luni din data intrării în vigoare a acestui Acord.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt. Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, können auch von Amts wegen im Rahmen der innerstaatlichen Regelungen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger eines Vertragsstaats das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

(6) Ergibt die Neufeststellung nach Absatz 5 eine niedrigere Rente, ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 25

Schlussprotokoll

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 26

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

Artikel 27

Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft. Jeder Vertragsstaat kann es bis zum 30. September eines Kalenderjahres auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird am 1. Januar des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres wirksam.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Geschehen zu Chişinău am 12. Januar 2017 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(5) La cerere, pensiile stabilite înainte de intrarea în vigoare a prezentului Acord pot fi stabilite din nou, dacă exclusiv în baza dispozițiilor prezentului Acord a survenit o modificare. Pensiile stabilite înainte de intrarea în vigoare a prezentului Acord pot fi stabilite și din oficiu din nou în limita reglementărilor legale naționale. În aceste cazuri, ziua în care instituția unui Stat contractant inițiază procedura se va considera ca ziua de depunere a cererii în conformitate cu legislația celui alt Stat contractant.

(6) Dacă noua stabilire a pensiei conform alineatului (5) va avea ca efect reducerea cuantumului pensiei, atunci se va menține în plată pensia în cuantumul anterior.

Articolul 25

Protocol final

Protocolul final anexat este parte integrantă a prezentului Acord.

Articolul 26

Ratificarea și intrarea în vigoare

(1) Prezentul Acord necesită a fi ratificat; schimbarea instrumentelor de ratificare se va face cât mai curând posibil.

(2) Prezentul Acord intră în vigoare în prima zi a celei de-a treia luni care urmează expirării lunii în care a avut loc schimbarea instrumentelor de ratificare.

Articolul 27

Valabilitatea și denunțarea

(1) Prezentul Acord rămâne în vigoare pe perioadă nelimitată. Fiecare Stat contractant poate să-l denunțe în scris pe cale diplomatică până pe 30 septembrie a unui an calendaristic. Denunțarea va produce efecte începând cu 1 ianuarie din anul calendaristic ce urmează denunțării.

(2) În cazul în care prezentul Acord își încetează valabilitatea ca urmare a denunțării, dispozițiile sale privind drepturile la prestații dobândite până în acel moment vor continua să fie aplicate. Legislația restrictivă privind pierderea unui drept sau suspendarea ori retragerea prestațiilor ca urmare a șederii obișnuite în străinătate nu va fi luată în considerare pentru aceste drepturi.

Semnat la Chişinău la 12 ianuarie 2017 în două exemplare originale, fiecare în limbile germană și română, ambele texte fiind egal autentice.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania

Thorben Albrecht
Ulrike Knotz

Für die Republik Moldau
Pentru Republica Moldova

Viorica Dumbrăveanu

Schlussprotokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Moldau
über Soziale Sicherheit

Protocol final
la Acordul
între Republica Federală Germania
și Republica Moldova
privind securitatea socială

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 7 des Abkommens:

Die Versicherungszeiten, die bis zum 31. Dezember 1991 im Hoheitsgebiet der ehemaligen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik zurückgelegt wurden, gelten als in der Republik Moldau zurückgelegte Versicherungszeiten.

In Bezug auf die Republik Moldau gelten nicht als Versicherungszeiten Zeiten, die außerhalb des Hoheitsgebiets der ehemaligen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik sowie außerhalb des Hoheitsgebiets der Republik Moldau zurückgelegt wurden.

2. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 9 des Abkommens:

Der gewöhnliche Aufenthalt ergibt sich aus dem tatsächlichen, rechtmäßigen und auf Dauer ausgerichteten Verweilen sowie dem Schwerpunkt der Lebensverhältnisse.

3. Zu Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b des Abkommens:

Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gelten die besonderen Bestimmungen des Abkommens (Teil III) nicht.

4. Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens:

a) Ungeachtet des Artikels 2 Absatz 2 des Abkommens berücksichtigen

- die deutschen Träger soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz zurückgelegt worden sind, und

- die Träger beider Vertragsstaaten soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person, die in einem Drittstaat zurückgelegt worden sind, mit dem beide Vertragsstaaten ein gleichartiges Abkommen über Soziale Sicherheit geschlossen haben. Dies gilt auch für Versicherungszeiten, die in einem Staat, in dem die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, zurückgelegt worden sind, sofern die Republik Moldau mit dem betreffenden Staat ein Abkommen über Soziale Sicherheit geschlossen hat.

b) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens nicht, soweit das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung Versicherungslastregelungen enthält, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines Staates übergegangen

La semnarea Acordului între Republica Federală Germania și Republica Moldova în domeniul securității sociale împuterniciții ambelor State contractante declară că au convenit următoarele:

1. La articolul 1 alineatul (1) punctul 7 al Acordului:

Perioadele de asigurare realizate până la 31 decembrie 1991 pe teritoriul fostei Republici Sovietice Socialiste Moldovenești sunt considerate ca și perioadele de asigurare realizate în Republica Moldova.

Referitor la Republica Moldova nu se consideră ca perioade de asigurare perioadele care au fost realizate în afara teritoriului fostei Republicii Sovietice Socialiste Moldovenești, precum și în afara teritoriului Republicii Moldova.

2. La articolul 1 alineatul (1) punctul 9 al Acordului:

Șederea obișnuită este determinată de șederea concepută în vederea unei rămâneri efective, legale și de durată, precum și de centrul intereselor vitale.

3. La articolul 2 alineatul (1) punctul 1 litera b) al Acordului:

Pentru asigurarea suplimentară a angajaților din siderurgie din Republica Federală Germania nu se vor aplica dispozițiile speciale ale Acordului (Partea III).

4. La articolul 2 alineatul (2) al Acordului:

a) Prin deviere de la articolul 2 alineatul (2) al Acordului sunt luate în considerare

- de către instituțiile germane, în măsura necesară, și perioadele de asigurare ale unei persoane, care au fost realizate într-un alt stat membru al Uniunii Europene, într-un alt stat contractant al Acordului privind Spațiul Economic European sau în Confederația Elvețiană și

- de către instituțiile ambelor State contractante, în măsura necesară, și perioadele de asigurare ale unei persoane, care au fost realizate într-un stat terț, cu care ambele State contractante au încheiat un acord similar în domeniul securității sociale. Aceasta se va aplica și perioadelor de asigurare realizate într-un stat, în care se aplică Regulamentul (CE) nr. 883/2004, dacă Republica Moldova a încheiat cu statul în cauză un acord în domeniul securității sociale.

b) În ceea ce privește Republica Federală Germania nu se va aplica articolul 2 alineatul (2) al Acordului, în măsura în care celălalt acord sau reglementare supra-națională conține reglementări referitoare la repartizarea riscurilor de asigurare, conform cărora perioadele de asigurare au

oder aus dessen Last abgegeben worden sind.

5. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände von Trägern sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- b) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland bleiben Versicherungsregelungen in zwischenstaatlichen Abkommen oder im überstaatlichen Recht unberührt.
- c) Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz haben, sind zur freiwilligen Versicherung in der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland nur nach der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 berechtigt.
- d) Staatsangehörige der Republik Moldau mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland sind zur freiwilligen Versicherung in der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeit für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben. Dies gilt entsprechend für Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und für Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Moldau. Für die übrigen vom persönlichen Geltungsbereich des Abkommens erfassten Personen gilt Artikel 4 nicht für die freiwillige Versicherung in der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.
- e) Die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten über die Versicherungspflicht der gewöhnlich an Bord eines Seeschiffs erwerbstätigen Personen bleiben unberührt.

6. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Moldau erhalten eine Rente nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.
- b) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden sind, sowie über Leistungen aus Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, bleiben unberührt.
- c) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie über ergänzende Leistungen der Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.
- d) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, bleiben unberührt.

trecut definitiv pe seama unui stat sau au fost transferate de pe seama acestuia.

5. La articolul 4 al Acordului:

- a) Legislația unui Stat contractant care asigură participarea asiguraților și angajatorilor la organismele de autoadministrare a instituțiilor și asociațiilor de instituții, precum și la jurisdicția în domeniul securității sociale rămâne neschimbată.
- b) În ceea ce privește Republica Federală Germania prevederile referitoare la repartizarea riscurilor de asigurare din acordurile interstatuale sau din reglementările supra-naționale rămân neschimbate.
- c) Persoanele cu ședere obișnuită în afara Republicii Federale Germania, care au cetățenia unui stat membru al Uniunii Europene, a unui stat contractant al Acordului privind Spațiul Economic European sau a Confederației Elvețiene, au dreptul la asigurarea facultativă în sistemul de asigurare a pensiilor din Republica Federală Germania numai în conformitate cu Regulamentul (CE) nr. 883/2004.
- d) Cetățenii Republicii Moldova cu ședere obișnuită în afara teritoriului Republicii Federale Germania au dreptul la asigurarea facultativă în sistemul de asigurare a pensiilor din Republica Federală Germania, dacă au realizat în acest sistem perioade de cotizare de cel puțin 60 de luni. Aceasta se va aplica corespunzător pentru refugiați în sensul articolului 1 al Acordului Națiunilor Unite din 28 iulie 1951 privind statutul refugiaților și al Protocolului din 31 ianuarie 1967 privind statutul refugiaților și al apatrizilor în sensul articolului 1 al Convenției din 28 septembrie 1954 privind statutul apatrizilor, cu ședere obișnuită pe teritoriul Republicii Moldova. Pentru toate celelalte persoane cuprinse de domeniul personal de aplicare al Acordului articolul 4 nu se va aplica pentru asigurarea facultativă din sistemul de asigurare a pensiilor al Republicii Federale Germania. Legislația națională mai favorabilă rămâne neschimbată.
- e) Legislația Statelor contractante privind obligația de asigurare a persoanelor angajate în mod obișnuit la bordul unei nave maritime rămâne neschimbată.

6. La articolul 5 al Acordului:

- a) Persoanele cu ședere obișnuită pe teritoriul Republicii Moldova vor primi o pensie în conformitate cu legislația Republicii Federale Germania pentru capacitatea redusă de muncă numai dacă acest drept există indiferent de situația de pe respectiva piață a muncii.
- b) Legislația Republicii Federale Germania privind prestațiile în baza perioadelor de asigurare care nu au fost realizate pe teritoriul Republicii Federale Germania, precum și legislația privind prestațiile ca urmare a accidentelor de muncă și bolilor profesionale, care nu au survenit pe teritoriului Republicii Federale Germania, rămâne neschimbată.
- c) Legislația Republicii Federale Germania privind prestațiile pentru reabilitare medicală, pentru participare la viața profesională, precum și privind prestațiile suplimentare ale instituțiilor de asigurare a pensiilor și privind asigurarea pensiilor pentru agricultori rămâne neschimbată.
- d) Legislația Republicii Federale Germania privind suspendarea drepturilor ce decurg din asigurarea pensiilor pentru persoanele care, prin ședere în străinătate, se sustrag de la o procedură penală desfășurată împotriva lor, rămâne neschimbată.

7. Zu den Artikeln 7 und 9 des Abkommens:

- a) Gelten für eine Person nach Artikel 7 oder 9 des Abkommens die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, finden hinsichtlich dieser Beschäftigung in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber allein die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) so Anwendung, als ob die Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt würde.
- b) Gelten für eine Person nach Artikel 7 oder 9 des Abkommens die Rechtsvorschriften der Republik Moldau, finden hinsichtlich dieser Beschäftigung auch die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) keine Anwendung.
- c) Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Vertragsstaats, in dem die Beschäftigung tatsächlich ausgeübt wird, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

8. Zu Artikel 7 des Abkommens:

- a) Eine Entsendung in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt insbesondere dann nicht vor, wenn
 - aa) die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers im Beschäftigungsstaat nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht oder
 - bb) der zum Zwecke der Entsendung eingestellte Arbeitnehmer zu diesem Zeitpunkt seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat.
- b) Der Arbeitgeber übt im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit aus, wenn er dort üblicherweise 25 Prozent des Umsatzes erzielt oder 25 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt.
- c) Erfolgt die erneute Entsendung im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem anderen Arbeitgeber, setzt die Anwendung von Artikel 7 Absatz 1 des Abkommens voraus, dass der Arbeitnehmer bei dem anderen Arbeitgeber unmittelbar vor der Entsendung mindestens zwei Monate im Entsendestaat beschäftigt war.
- d) Der Zeitraum von 24 Monaten beginnt für Arbeitnehmer, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits entsandt sind, mit diesem Tag.

9. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Eine Ausnahmereinbarung kann insbesondere für einen Arbeitnehmer geschlossen werden, der

- a) bei einem im anderen Vertragsstaat ansässigen, rechtlich selbstständigen Unternehmen eingesetzt wird, das mit dem entsendenden Unternehmen rechtlich verbunden ist, sofern sein Einsatz länger als zwei Monate im Kalenderjahr dauert und er für diesen Zeitraum zu Lasten des im Beschäftigungsstaat ansässigen Unternehmens Arbeitsentgelt bezieht,
- b) für mehr als 24 Monate in den anderen Vertragsstaat entsandt wurde, für die Zeit ab dem 25. Monat der Entsendung,
- c) im Bereich der kulturellen, humanitären oder wissenschaftlichen Zusammenarbeit vorübergehend im anderen Vertragsstaat beschäftigt wird.

10. Zu Teil III des Abkommens:

Die Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle und

7. La articolele 7 și 9 ale Acordului:

- a) Dacă în privința unei persoane, conform articolelor 7 sau 9 se aplică legislația Republicii Federale Germania, atunci cu privire la această activitate de muncă în egală măsură pentru persoană și angajatorul ei se va aplica doar legislația Republicii Federale Germania privind asigurarea de sănătate și de îngrijire, precum și cea privind măsurile active de promovare a muncii (asigurarea de șomaj) în așa fel, ca și cum activitatea de muncă s-ar desfășura în Republica Federală Germania.
- b) Dacă pentru o persoană, conform articolelor 7 sau 9 se aplică legislația Republicii Moldova, atunci în privința acestei activități de muncă nu se va aplica nici legislația Republicii Federale Germania privind asigurarea de sănătate și de îngrijire și nici cea privind măsurile active de promovare a muncii (asigurarea de șomaj).
- c) Angajatorii persoanelor angajate detașate sunt obligați să colaboreze în domeniul protecției muncii și prevenirii accidentelor cu instituțiile responsabile în acest sens și cu organizațiile Statului contractant în care se desfășoară efectiv activitatea de muncă. Legislația mai amplă din acest domeniu la nivel național rămâne neschimbată.

8. La articolul 7 al Acordului:

- a) Nu este considerată detașare pe teritoriul celui alt Stat contractant, în special situația când:
 - aa) activitatea persoanei angajate detașate în Statul contractant nu corespunde cu domeniul de activitate al angajatorului din Statul contractant care detașează, sau
 - bb) persoana angajată în scopul detașării în acel moment nu-și are șederea obișnuită în statul care detașează.
- b) Angajatorul desfășoară, de regulă, în statul care detașează, o activitate economică semnificativă, atunci, când obține acolo în mod obișnuit 25 la sută din cifra de afaceri sau angajează 25 la sută din persoanele angajate.
- c) Dacă o nouă detașare are loc în cadrul unui raport de angajare în câmpul muncii cu un alt angajator, atunci aplicarea articolului 7 alineatul (1) al Acordului presupune că persoana angajată, direct înainte de detașare, a activat la celălalt angajator cel puțin două luni în statul care detașează.
- d) În cazul persoanelor angajate, care în ziua intrării în vigoare a Acordului sunt deja detașate, perioada de 24 de luni începe să curgă de la această dată.

9. La articolul 9 al Acordului:

O convenire a excepției poate fi încheiată în special pentru o persoană angajată, care

- a) își desfășoară activitatea la o întreprindere independentă din punct de vedere juridic cu sediul în celălalt Stat contractant și care este legată juridic cu întreprinderea care detașează, în cazul în care activitatea sa va dura mai mult de două luni în anul calendaristic și ea primește pentru această perioadă de timp drepturile salariale de la întreprinderea din statul de angajare,
- b) a fost detașată pentru o perioadă mai mare de 24 de luni în celălalt Stat contractant, pentru perioada care începe cu a 25-a lună a detașării,
- c) desfășoară activitate temporară în celălalt Stat contractant, în domeniul cooperării culturale, umanitare sau științifice.

10. La Partea III a Acordului:

Legislația cu privire la prestațiile în caz de accidente de muncă și boli profesionale, ce urmează să fie compensate

Berufskrankheiten sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht anrechenbare Versicherungszeiten bleiben unberührt.

11. Zu Teil III Kapitel 2 des Abkommens:

- a) Für die Anzeige eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.
- b) Wird die Anzeige gegenüber einem Träger im nicht zuständigen Vertragsstaat erstattet, ist sie unverzüglich dem zuständigen Träger des anderen Vertragsstaats zu übersenden.

12. Zu Artikel 11 Absatz 3 des Abkommens:

Artikel 11 Absatz 3 des Abkommens findet auch für die nach Nummer 4 Buchstabe a gegebenenfalls zu berücksichtigenden Versicherungszeiten Anwendung.

13. Zu Artikel 24 des Abkommens:

In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland begründet das Abkommen keinen Anspruch auf Leistungen in den Fällen, in denen der Vertrag vom 24. Mai 1960 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sozialwesens unmittelbar oder aufgrund innerstaatlicher Rechtsvorschriften weiterhin anzuwenden ist.

conform dreptului cu privire la pensiile străine, precum și cu privire la prestațiile pentru perioadele de asigurare, considerate conform dreptului privind pensiile străine, rămâne neschimbată.

11. La Partea III, Capitolul 2 al Acordului:

- a) Pentru sesizarea unui accident de muncă sau unei boli profesionale se va aplica legislația Statului contractant în baza căreia persoana este asigurată.
- b) Dacă sesizarea se va comunica unei instituții din Statul contractant ce nu deține competența, aceasta se va transmite neîntârziat instituției competente din celălalt Stat contractant.

12. La articolul 11 alineatul (3) al Acordului:

Articolul 11 alineatul (3) al Acordului se va aplica și pentru perioadele de asigurare care, după caz, urmează să fie recunoscute conform punctului 4 litera a).

13. La articolul 24 al Acordului:

Pentru Republica Federală Germania Acordul nu întemeiază dreptul la prestații pentru cazurile în care Acordul între Republica Democrată Germană și Uniunea Republicilor Socialiste cu privire la cooperarea în domeniul Social din 24 mai 1960 se va aplica în continuare direct sau în baza legislației naționale.

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern beider Staaten und sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie ihrer Hinterbliebenen vor. Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der in beiden Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden. Jeder Staat zahlt aber nur die Rente für die nach seinem Recht zurückgelegten Versicherungszeiten.

Das Abkommen enthält darüber hinaus Regelungen über die Vermeidung der Doppelversicherung in beiden Staaten im Falle von vorübergehenden Beschäftigungen im anderen Staat. Daher entsteht bei Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch deutsche Unternehmen in die Republik Moldau dort keine Versicherungspflicht in der Renten-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung. Die deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der Renten-, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung bleiben auf die betroffenen Personen anwendbar. Für nach Deutschland entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Republik Moldau gelten weiterhin die moldauischen Rechtsvorschriften.

II. Besonderer Teil

Teil I (Artikel 1 bis 5) beinhaltet allgemeine Bestimmungen, die den Geltungsbereich des Abkommens und Grundsätze für dessen Anwendung definieren.

Artikel 1 bestimmt die Begriffe, die in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendet werden. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2 und die Nummern 3 und 4 des Schlussprotokolls legen den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem sie die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennen, auf die sich das Abkommen bezieht. Andere bilaterale Abkommen oder überstaatliche Regelungen der Vertragsstaaten sind dabei grundsätzlich nicht anzuwenden. Dies gilt aber nicht in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland, wenn diese Abkommen oder überstaatlichen Regelungen Versicherungsregelungen enthalten.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt. Es handelt sich um ein offenes Abkommen. Unabhängig von der Staatsangehörigkeit werden grundsätzlich alle Personen erfasst, die unter die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten fielen oder fallen.

Artikel 4 enthält für jeden Vertragsstaat die grundsätzliche Verpflichtung, die vom Abkommen erfassten Personen wie seine eigenen Staatsangehörigen zu behandeln, sofern nicht Nummer 5 des Schlussprotokolls einschränkende Regelungen enthält. So knüpft beispielsweise Nummer 5 Buchstabe d des Schlussprotokolls für Staatsangehörige der Republik Moldau mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland das Recht zur freiwilligen Versicherung

in der deutschen Rentenversicherung unter anderem an die Voraussetzung einer Mindestversicherungszeit (Wartezeit) von 60 Beitragsmonaten in der deutschen Rentenversicherung. Für Drittstaatsangehörige gilt das Recht auf freiwillige Versicherung bei gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden können, wenn sich die leistungsberechtigten Personen gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten. Nummer 6 Buchstabe a des Schlussprotokolls schränkt diesen Grundsatz jedoch insoweit ein, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Republik Moldau gezahlt werden, wenn für die Rentenfeststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand der Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt maßgeblich ist.

Teil II (Artikel 6 bis 9) enthält Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung bei einer Kollision der deutschen und moldauischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung ausgeschlossen. Die Bestimmungen werden durch Nummer 7 des Schlussprotokolls ergänzt. Untersteht eine Person nach dem Abkommen den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, finden auch allein die deutschen Vorschriften in Bezug auf die Versicherungspflicht nach dem Recht der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) auf sie und ihren Arbeitgeber Anwendung. Gelten dagegen die moldauischen Rechtsvorschriften, finden die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) keine Anwendung.

Nach Artikel 6 finden grundsätzlich die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des Vertragsstaats Anwendung, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung oder Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Für Mitglieder des Flug- und Kabinenpersonals von Luftfahrzeugen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem die beschäftigenden Luftfahrtgesellschaften ihren Sitz haben. Für Personen, die gewöhnlich an Bord eines Seeschiffs beschäftigt sind, das die Flagge eines Vertragsstaats führt, sind die Rechtsvorschriften dieses Staates anwendbar.

Wird ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber vorübergehend in den anderen Vertragsstaat entsandt, sieht Artikel 7 vor, dass grundsätzlich für die ersten 24 Monate der Entsendung ausschließlich die Rechtsvorschriften des Entsendestaats gelten. Eine erneute Entsendung unter Fortgeltung der Rechtsvorschriften des Entsendestaats ist nur im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem anderen Arbeitgeber, für den er unmittelbar vor der Entsendung mindestens zwei Monate im Entsendestaat gearbeitet haben muss, oder nach einer mindestens zwölfmonatigen Unterbrechung der Entsendung möglich. Ergänzend weist Nummer 8 des Schlussprotokolls darauf hin, dass eine Entsendung nicht vorliegt, wenn die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers

nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht oder der entsandte Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Entsendung seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat. Diese Regelungen gelten auch für einen Selbstständigen.

Nach Artikel 8 bleiben für Beschäftigte bei Auslandsvertretungen die Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957, 958) und vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585, 1587) unberührt. Findet keines dieser Übereinkommen Anwendung, gelten für einen Beschäftigten bei diplomatischen Missionen oder konsularischen Vertretungen, der als Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt wird, grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats. Er kann allerdings innerhalb bestimmter Fristen auch für das Recht des anderen Vertragsstaats optieren.

Artikel 9 enthält die in allen bilateralen Abkommen über Soziale Sicherheit übliche Regelung, dass die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bevollmächtigten Stellen auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und Arbeitgebers beziehungsweise auf Antrag des Selbstständigen Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren können. Dabei sind die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen.

Die Bestimmungen werden durch Nummer 9 des Schlussprotokolls konkretisiert.

Teil III (Artikel 10 bis 13) enthält die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung. Nach Nummer 10 des Schlussprotokolls bleiben die Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdrentengesetz zu entschädigende Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht anrechenbare Versicherungszeiten unberührt.

Artikel 10 bestimmt, dass Versicherungszeiten, die in der deutschen und moldauischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, insbesondere für die Mindestversicherungszeiten, zusammengerechnet werden. Für die Erfüllung von Leistungsansprüchen berücksichtigen die Vertragsstaaten nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

Nach Nummer 4 Buchstabe a des Schlussprotokolls berücksichtigen die deutschen Rentenversicherungsträger zusätzlich Versicherungszeiten, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums oder in der Schweiz zurückgelegt wurden. Ferner berücksichtigen beide Vertragsstaaten Versicherungszeiten, die in einem Drittstaat zurückgelegt wurden, mit dem beide Vertragsstaaten ein gleichartiges Sozialversicherungsabkommen geschlossen haben.

Artikel 11 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften.

Artikel 12 beinhaltet grundsätzliche Regelungen zur gegenseitigen Anerkennung bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit. Nummer 11 Buchstabe a und b des Schlussprotokolls regelt Einzelheiten zur Anzeige eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit.

Artikel 13 bestimmt, dass bei der Feststellung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Berufskrankheit auch gesundheitsgefährdende Beschäftigungen des anderen Vertragsstaats zu berücksichtigen sind.

Teil IV (Artikel 14 bis 23) enthält verschiedene Bestimmungen, die das Zusammenwirken der Stellen regeln, die in beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betraut sind.

Nach Artikel 18 sind die Anträge auf Leistungen gleichgestellt, sodass die vom Abkommen erfassten Personen mit ihrem Antrag gleichzeitig entsprechende Leistungen im jeweils anderen Vertragsstaat beantragen können. Die Antragsgleichstellung gilt jedoch nur, wenn der Antrag erkennen lässt, dass Versicherungszeiten des anderen Vertragsstaats zurückgelegt worden sind oder gesundheitsgefährdende Beschäftigungen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausgeübt worden sind.

Artikel 19 gewährleistet den Schutz personenbezogener Daten bei der Anwendung des Abkommens.

Artikel 20 Absatz 2 benennt die Verbindungsstellen der beiden Vertragsstaaten.

Teil V (Artikel 24 bis 27) enthält die Übergangs- und Schlussbestimmungen.